

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Reichsverband (Berlin) der Kommunistischen Arbeiter-Zeitungen

Verlag: Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 100 Pf. pro Quartal. Ausland: 150 Pf. pro Quartal. Postamt: Berlin 10. No. 15. Telephon: 1000.

Sonnabend, 8. Juli 1922

Druck: Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 100 Pf. pro Quartal. Ausland: 150 Pf. pro Quartal. Postamt: Berlin 10. No. 15. Telephon: 1000.

In der zwölften Stunde!

Zur General-Verammlung des Schlesischen Kleinbauernbundes.

Von H. Rau.

Der Reichstag hat eine neue Getreideumlage für das Jahr 1922-23 beschlossen. Diese Umlage berücksichtigt nicht die Interessen der Kleinbauern, nicht die Interessen der Arbeiter.

Festgesetzt wurde, daß 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide abgeliefert werden soll. Aber nicht etwa sollen diese 2 1/2 Millionen Tonnen aufgebracht werden ausschließlich von den Großgrundbesitzern. Nein! Der Reichstag hat beschlossen, daß nur die Betriebe unter 5 Hektar Land umlagert bleiben sollen. Die Deutschnationalen, die Zentrierten, die Demokraten und Sozialdemokraten haben den Antrag der Kommunisten, der fordert, daß 8 bis 15 Hektar — je nach Bodenqualität — umlagert bleiben sollen, nicht angenommen, obwohl die Sozialdemokraten und Demokraten sich ursprünglich bereit erklärten, 10 Hektar von der Umlage zu befreien.

Eine Krise bedrohte die Regierung. Die Sozialdemokraten hatten erklärt, wenn die Umlage falle, werden sie aus der Koalitionsregierung austreten, werden sie für Reichstagsauflösung eintreten. Sie standen vor der Frage, ihre hochwundenen Worte zur Tat werden zu lassen, das heißt, für den Kleinbauern einzutreten, aber sie scheuten den Kampf gegen die reaktionären Verbündeten, sie glaubten die Mittelklasse opfern zu müssen, sie wollten ihre Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien nicht aufgeben, darum ließen sie die Interessen der kleinen Bauern fallen. Aus denselben Gründen trugen sie auch in der Frage der Preise für das Umlagegetreide, den Großgrundbesitzern Rechnung.

Der Preis für das Umlagegetreide wurde folgendermaßen festgesetzt: für das erste Drittel der Umlage werden für Roggen 6900 M., für Weizen 7400 M., für Gerste 6700 M. und für Hafer 6600 M. pro Tonne bezahlt. Das bedeutet, daß ein 1900 Gramm-Brot schon in den nächsten Wochen 35 bis 40 M. kostet. Nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Kleinbauer wird unter der einseitigen neuen Steuerungsweise ungewinn zu leiden haben. Die Arbeiter werden kämpfen müssen, um die Erhöhung ihrer Löhne. Die Industriekapitalisten werden nicht nur die höchsten Löhne auf die Industriearbeiter auf Kleider, Schuhe, Geräte, Maschinen usw. abwälzen, sondern sie werden wieder das zwei- und dreifache dieser gestiegenen Löhne draufschlagen. Das bedeutet, daß auch der Kleinbauer kaum mehr die Preise für die Industriearbeiter erschwingen kann, da für ihn nach Abzug des Umlagegetreides und des Getreides für den eigenen Haushalt zum Verkauf im freien Handel so gut wie nichts mehr übrig bleibt. Die Großgrundbesitzer dagegen werden riesige Geschäfte machen, da mit der einseitigen Steuerungsweise die Preise im freien Handel noch mehr in die Höhe gehen. In rapidem Maße wird die Verelendung der Arbeiter zunehmen, ebenso die Verschärfung der kleinen Bauern.

Die Reaktionen, auf deren Konto die Ermordung Rathenaus, die Ermordung hundert revolutionärer Arbeiter und Führer fällt, haben durch Festlegung dieser Getreideumlage einen neuen Sieg errungen. Dem wäre nicht so, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien und die angeblich kleinbauernfreundlichen Demokraten und Zentrierten eingetreten wären für die Forderungen der Kommunisten, deren Durchführung einzig und allein die Möglichkeit gegeben hätte, die neue Steuerungsweise aufzuhalten. Die Kommunisten forderten nicht nur, daß die Kleinbauern von der Umlage befreit, sondern daß die heute ungeheure Profite erzielenden Großgrundbesitzer in ähnlicher Weise herangezogen werden. Ihnen sollte eine Umlage von 4 1/2 Millionen Tonnen auferlegt werden, damit die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt sichergestellt werde ohne Zusatz von teurem Auslandsgetreide. Brot aus teurem Auslandsgetreide mag für die hergestellbar werden, die aber einen großen Verlust vertragen. Darum sagten die Kommunisten: Brot aus Umlagegetreide ist für die Arbeiter, denn die Umlage ist ein Mittel, um die Arbeiter zu unterstützen. Den Großgrundbesitzern soll für das umlagerte Umlagegetreide ein doppelter Preis gezahlt werden, als wie im Wirtschaftsjahr 1921-22. Die Umlage soll für den Kleinbauern nach Abzug der Umlage verbleiben.

Soll die Einheitsfront wieder gesprengt werden?

K. B. Kurz nach der Ermordung Rathenaus hatte der Gewerkschaftskongress in Leipzig beschlossen, daß ein energischer Kampf gegen die monarchistische Reaktion beginnen solle, und daß KPD, USA, SPD, USF, und RPD sofort über die Durchführung dieses Kampfes in gemeinsame Beratungen einzutreten hätten. Das Ergebnis dieser Beratungen war das bekannte Berliner Abkommen, in dem alle Arbeiterorganisationen ein Gesetz gegen die Monarchisten und eine Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen verlangten. Einige Tage später, als wenn auch die sozialdemokratischen Führer diesmal etwas durchgreifendes tun wollten. Es fanden die ersten großen Demonstrationen statt. Bis zum Donnerstag voriger Woche kündigten der „Vorwärts“, die „Freiheit“ und die sozialdemokratische Presse im ganzen Reich die Auflösung des Reichstages als unvermeidlich an. Sozialdemokratische Organisationen, wie Cassel, die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Groß-Berlin forderten die Auflösung des Reichstages oder Austritt der Sozialdemokraten aus der Weimarer Regierung und Kampf um eine Arbeiterregierung. Am Donnerstag beschlossen die Spitzenorganisationen den zweiten Demonstrationstreffen, der am Dienstag stattfand.

Aber am selben Tage trat auch der Umfall der sozialdemokratischen Führerschaft in Erscheinung, nachdem man vorher hinter den Kulissen mit den bürgerlichen Parteien eifrig getuschelt hatte. Das Getreideumlagegesetz stand vor der Entscheidung. Die KPD stellte an die SPD und USF die Frage, ob sie bereit seien, mit uns auch hier eine Einheitsfront gegen die bürgerliche Reaktion zu bilden und dann die Reichstagsauflösung zu erzwingen. Am Donnerstag morgen hatte der „Vorwärts“ noch dasselbe gefordert. Inzwischen aber schlossen die sozialdemokratischen Führer mit den bürgerlichen Koalitionsparteien das bekannte Kompromiß ab, durch das der Brotpreis noch über die Vorlage der Regierung hinaus erhöht wird. Die sozialdemokratischen Führer lehnten die Einheitsfront mit der KPD im Kampfe gegen den Brotpreis kategorisch ab; sie zogen der Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen die Koalition mit Zentrum und Demokraten vor.

Es ist natürlich, daß es nun auch mit der Einheitsfront gegen die Reaktion rasend bergab ging. Es folgte jetzt ein Verrat an dem Berliner Abkommen der Spitzenorganisationen dem anderen. Die Reichsregierung unternahm nichts Entschaffendes gegen die monarchistische Reaktion. Auch das Zentralorgan der USF, die „Freiheit“ muß das offen zugeben. Sie schreibt in ihrer Nummer vom 6. Juli:

„Das ganze Proletariat ist enttäuscht und empört, daß trotz der Androhungen der Reichsregierung leider nichts Durchgreifendes gegen die monarchistische Reaktion geschehen ist. Das Attentat auf Harden ist die Folge dieses Versagens.“

Trotzdem antworteten die sozialdemokratischen Führer auf die Forderung der KPD, von der Regierung gemeinsam durchgreifende Maßnahmen zu erzwingen, ausweichend und versuchten, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft abzulenken durch das vertagene Gesetz, die KPD stelle For-

derungen auf, die über das Berliner Abkommen hinausgingen.

Es kamen dann die Entwürfe des Amnestiegesetzes und des Republik-Schutzgesetzes heraus. Beide sind von den sozialdemokratischen Ministern Kadbruch und Köster unterzeichnet. Trotzdem entsprechen sie in keinem Punkte dem Berliner Abkommen. Das Republik-Schutzgesetz enthält kein Verbot aller monarchistischen Propaganda in Wort und Schrift. Es sieht keine Reichsregierung vor, sondern überläßt die Durchführung den Landesregierungen, also auch der bayerischen Landesregierung. Das Gesetz bietet nicht die geringste Garantie, daß es nur gegen rechts angewendet wird. Das Amnestiegesetz sieht so viel Ausnahmen vor, daß kaum ein Arbeiter darauf reinfallen wird.

Und die sozialdemokratischen Führer protestieren nicht nur nicht dagegen, der sozialdemokratische Führer im Reichstag erklärte sich sogar im allgemeinen mit dem Gesetzesentwurf einverstanden. Ja, im preussischen Landtag brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Amnestieantrag ein, der fast noch schlechter ist, wie der Gesetzesentwurf der Reichsregierung.

Also ein Verrat des Berliner Abkommens über dem anderen. Es scheint uns schon vollkommen klar zu sein, daß die sozialdemokratischen Führer auf die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen verzichten wollen. Nicht die Arbeiter-Einheitsfront, sondern Rettung der Koalitionsregierung mit dem Zentrum und den Demokraten, das ist jetzt die größte Sorge der Sozialdemokratie. Mag dadurch auch die Einheitsfront der Arbeiterschaft wieder einmal gesprengt werden, das ist ihnen gleichgültig. Sie bemühen sich nun auch, die USF in den Sumpf der Koalitionspolitik hineinzuziehen und die Führer der USF helfen ihren rechtssozialistischen Kollegen dabei.

Arbeiter, ihr seht, wie ernst die Situation ist, wie groß die Gefahr, die der Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen gegen monarchistische Reaktion drohen. Die KPD hält es für ihre Pflicht, in dieser ernsten Situation Alarm zu schlagen. Der Reichstag steht vor der Entscheidung über die allen Forderungen der Arbeiterschaft höhnisch über den beiden Gesetz: das Amnestiegesetz und das Republik-Schutzgesetz. In zwölfter Stunde fordert die KPD, daß die Arbeiter-Spitzenorganisationen gemeinsam ein kurzfristiges Ultimatum an die Regierung stellen, indem die sofortige Aenderung der Gesetzesentwürfe entsprechend dem Berliner Abkommen anrufen. Nicht wieder zu einem halbträgigen Demonstrationstreffen, sondern zu einem unerbittlichen Kampf bis zur vollständigen Erfüllung der aufgestellten Forderungen.

Arbeiter, die entscheidende Stunde ist herangerückt. Jetzt muß es sich entscheiden, ob die Bewegung der Arbeiterschaft gegen die Reaktion wieder wie nach dem Rapp-Portik und der Ermordung Erzbergers im Sande verlaufen soll, ob wieder nichts Durchgreifendes geschehen soll.

Wir rufen Euch zu: Achtet scharf darauf, was die sozialdemokratischen Führer jetzt tun, und wendet im letzten Augenblick alle Deutsmittel an, um sie zu zwingen, die bürgerliche Koalitionspolitik aufzugeben und die Einheitsfront der Arbeiterschaft zum entscheidenden Kampf aufzurufen!

den Getreide im freien Handel erzielen, reichen vollständig aus, um die Wirtschaft in geordneter Weise weiterzuführen. Zahlen sie doch heute ihren Arbeitern nur das zwanzigfache mehr als vor dem Kriege, während sie im freien Handel für Getreide den achtzigfachen Preis gegenüber der Vorkriegszeit einfordern. Man muß dabei noch beachten, daß diese Junker und Großgrundbesitzer auch ganz enorme Einnahmen aus den Abgaben Agrarprodukt im freien Handel erzielen. Der Kleinbauer hätte davon verbarmt wenig, weil er ja nicht viel auf dem Markt betrogen kann.

Die Herren vom „Landbau“, die Freunde des Freiherrn von Richthofen, erklärten in hunderten von Resolutionen und Kundgebungen auf ihren Landbesitzungen, daß sie den Kleinbauern und die Arbeiter unterstützen werden. Diese Herrschaften haben in den letzten Jahren bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, ihre Profite zu teilen zu lassen, daß sie solche Drohungen wie zu machen verstehen, daß sie große Mandarinen sind, daß sie den Kleinbauern helfen, wenn ihnen Profitzwecke und Regierungsgelder stehen. Das ist in jedem ja bewiesen, sondern die Kommunisten, daß der Kleinbauern und die Arbeiter, die die

Produktion der landwirtschaftlichen Großbetriebe unter die Kontrolle des Staates und der Landarbeiter- und Kleinbauernorganisationen gestellt wird. Die Kommunisten fordern weiter, daß nichtbebautes oder schlechtbebautes Land den Herren Junkern und Großgrundbesitzern entschuldigungslos weggeworfen und den Kleinbauern und Landarbeitern zur Bearbeitung und Regenerierung übergeben wird.

Jeder Kleinbauer, jeder Arbeiter wird erkennen, daß diese Anträge, die von den Kommunisten gestellt wurden, in seinem Interesse liegen. Trotzdem haben die Parteien, die sich immer so gerne kleinbauernfreundlich oder arbeitervreundlich aufspielen, all diese Anträge zu Fall gebracht.

Warum konnten diese Anträge der Kommunisten nicht in die Tat umgesetzt werden? Diese Frage müssen sich auch die Kleinbauern, die auf 6. Juli zur Generalversammlung des Schlesischen Kleinbauernbundes nach Breslau kommen, wie überhaupt alle Arbeiter und Kleinbauern besetzen. Und Du Kleinbauer, Du Arbeiter, Du Bauer, Du Arbeiter, was hast Du getan, um die in diesem Sinne liegenden Forderungen zu verwirklichen? Hast Du darauf geachtet, daß die Vertreter, die in den

Das Berliner Abkommen und die Kommunisten.

Ein Briefwechsel zwischen dem KPDZ. und der Zentrale der KPD.

Berlin, den 4. Juli 1922

Wladimir Iwanowitsch
Kommunistischer
Zentralrat

An den Vorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands
Berlin.

Meine Herren!

In der gestrigen gemeinsamen Besprechung ist von Ihren Vertretern, Kollegen und Kommiliten ausführlich berichtet worden, daß Sie die Forderung der gemeinsamen Kampagne für die Durchsetzung des Berliner Abkommens als die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Partei Deutschlands ansehen.

Wir haben in der gestrigen Sitzung zum wiederholten Male begründeten Einwand gegen die kommunistische Partei Deutschlands erhoben, daß Sie die gemeinsamen Besprechungen nicht halten. Es war abgemacht und von allen Beteiligten namens der verschiedenen Parteien resp. Gewerkschaften zugesichert worden, daß andere Besprechungen als die am 27. Juni gemeinsam aufgestellten nicht propagierten werden sollten. Auch die gemeinsame Kampagne der Arbeiterparteien sollte bis zur Durchsetzung der gemeinsamen Aktion zum Schutze der Republik eingestellt werden. Die gemeinsame Kampagne sollte in allen Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Forderungen gemeinsam unterstellt werden.

In jeder der letzten Sitzungen, die seit dem 27. Juni stattfanden, mußte den Vertretern der kommunistischen Partei der Vorwurf gemacht werden, daß Sie gegen diese Abmachungen verstoßen hätten. Besonders geschah dies in der Sitzung vom 1. Juli wegen des Inhalts der „Roten Fahne“ von diesem Tage. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich wie an dem Tage zuvor bemüht, die Gegenseite zu überreden. Ihr gestrichenes Programm über waren auch die Gewerkschaftsvertreter genötigt, wegen des Inhaltes der beiden letzten durch Streikbrecher besetzten Nummern der „Roten Fahne“ vom Sonnabend Abend und Sonntag Morgen ernste Beschwerden zu äußern und zu erklären, daß ein weiteres Zusammengehen mit der kommunistischen Partei der Gewerkschaften unmöglich sei, wenn sie andauernd aus der Reihe tanze.

Der Einwand verlagert wir es uns, die gestrigen in kundenlanger Besprechung erörterten Besprechungspunkte sollte nochmals schriftlich zu wiederholen. Wir stellen vielmehr hiermit die Frage:

Ist die kommunistische Partei einwillig gewillt, nur die am 27. Juni gemeinsam mit Ihren Vertretern aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik zu vertreten, zu diesem Zwecke bis zur Erreichung des Zieles die Bekämpfung der beiden anderen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften einzustellen und die eingegangene Verpflichtung, alle Maßnahmen der Regierung zur Durchsetzung unserer Forderungen zu unterstützen, zu erfüllen, sowie keine anderen Forderungen und Kampfmethoden zu propagieren als diejenigen, die gemeinsam mit uns beschlossen worden sind und weiter gemeinsam beschlossen werden?

In Erwartung Ihrer baldigsten Antwort zeichnen wir mit gewerkschaftlichen Gruß
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
E. Leipart.

Berlin, den 5. Juli 1922
Koselinerstraße 38.

Komm. Partei Deutschlands.

An den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin S.O. 16,
Engelauer 24/25.

Meine Herren!

Die Größe der Demonstration am gestrigen Tage in ganz Deutschland ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse den Willen hat, die Durchführung der gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni mit allen Mitteln zu erzwingen. Der Wille der Arbeiterklasse, diesmal wirklich ernst zu machen, zeigte sich auch darin, daß die Arbeitermassen eine Demonstrationsschare der Spitzenverbände befohlen, obgleich sie von vielen als ein unangenehmes Mittel empfanden wurde.

In meinen Schichten der arbeitenden Bevölkerung herrscht die berechtigte Sehnsucht, daß mit diesem Akt der Demonstration der Kampf beendet sein wird, trotzdem die bisher angewandten Mittel keinen genügenden Druck auf das Bürgertum und auf die Regierung ausgeübt haben. Die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten ist bisher nur in ganz geringem Umfange angewandt worden, und gerade der gefährlichste Druck der Konturrevolution, Bayern, ist ganz unangenehm geblieben. Die neuen Vorlagen der Regierung über die Amnestie und den Schutz der Republik erwecken keineswegs dem Berliner Abkommen und den von der gesamten Arbeiterklasse erwarteten Maßnahmen. In Wahrheit ist bisher gegen die monarchistische Reaktion so gut wie nichts geschehen.

Nach den Erfahrungen der letzten Tage haben auch wir die ernste Sorge, daß nach dem wieder wie nach dem Kampfschritt, nach der Unvollständigkeit der monarchistischen Reaktion nicht genötigt wird. Die beiden anderen Arbeiterparteien sind durch die Unterbrechung der Kooperationspolitik so stark an die kuratilen Parteien und an eine rein parlamentarische Behandlung ihrer Angelegenheiten gebunden, daß sie auf eine Ergründung der Mobilisierung der Kräfte der deutschen Arbeiterklasse verzichten und ein gefährliches Kommando mit den bürokratischen Parteien vorziehen kann. Das Juristische der unvollständigen Landtagswahl der KPD in der Kammerkammer bildet daher ein bedeutendes Hindernis. Unsere Besprechungen werden noch verstärkt durch die Tatsache, daß bei unserer gemeinsamen Kampagne und bei unserer Demonstration in den vorangegangenen gemeinsamen Sitzungen es der KPD nicht für notwendig hielt, nach Bekanntwerden der Besprechungen eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschaften einzuberufen, nur so im Hinblick das in dieser Sitzung so notwendige gemeinsame Besprechen der 3 Arbeiterparteien unterzogen. Ihr wiederholtes Versagen, sofort nach Erreichen der Besprechungen eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschaften darüber zu ermöglichen, haben Sie nicht tunge lassen. Selbst ist es leider so weit gekommen, daß nach den Bedingungen im ursprünglichen Landtag man sich auch im Reichstag der Vertreter der KPD im Widerspruch zu dem Willen der KPDZ und KPD, und im Widerspruch zum Berliner Abkommen mit keiner Seite auf dieses Abkommen eingegangen ist und nur gegen die Widerstandsbewegung gegenüber der Gewerkschaften vertreten hat. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hat sich, obwohl sich die KPD in dem Berliner Abkommen schriftlich verpflichtet hat, die Durchführung dieses Abkommens mit allen Mitteln zu erzwingen.

Da dieser nicht erfüllt ist, haben die Arbeiter-

parteien, einschließlich der KPD, mit uns Besprechungen zu einem Ende zu bringen gesehen und dementsprechend die gemeinsame Kampagne eingestellt haben. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften die gemeinsame Kampagne eingestellt und die gemeinsame Kampagne eingestellt. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften die gemeinsame Kampagne eingestellt und die gemeinsame Kampagne eingestellt.

Wir haben es in der Zeit für notwendig, den Willen der Partei auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien auszuüben, um die gemeinsame Kampagne zur Durchführung der aufgestellten Forderungen zu bringen. Wir schlagen deshalb vor, daß der Reichstag, spätestens aber am 7. Juni, eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschaften einberufen. In dieser Sitzung werden wir vorschlagen, alternativ von der Regierung die Erfüllung dieser Mindestforderungen bis zum 10. v. J. zu fordern. Wir sind der Ansicht, daß die Regierung abgelehnt werden wird als nächster Schritt den Vertreter der KPD, aus der Regierung, die Durchführung des Reichstages und Neuwahlen unter der Leitung der Arbeiterregierung für die Durchführung des Berliner Abkommens vorschlagen, oder aber den von allen Arbeiterparteien gemeinsam zu beschließenden Generalstreik der deutschen Arbeiterklasse bis zur Durchsetzung des Abkommens. Wir glauben, daß diese Anordnung den Erfordernissen des KPDZ, entspricht, der ja selbst im Falle der Nichtausführung des Berliner Abkommens die Anwendung schärfster Kampfmittel und Herausgabe entsprechender Wahlen angeht.

Was im übrigen Ihr Schreiben vom 4. Juli betrifft, so haben wir folgendes zu erwidern:

In Ihrem Brief wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir gegen gemeinsame Abmachungen verstoßen hätten. Wir weisen diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Sie selbst geben in Ihrem Schreiben nicht im einzelnen an, welche weitergehenden Forderungen von uns propagiert sein sollten. Unsere gesamte Propaganda ist auf die Durchführung der gemeinsamen Forderungen abgestellt.

Sie erklären weiter in Ihrem Schreiben, daß die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiterparteien bis zur Durchsetzung der gemeinsamen Aktion zum Schutze der Republik zurückgeführt werden sollte. Wenn diese Formulierung auch nicht den Bestimmungen entspricht, so würden wir es begrüßt haben, wenn während dieser Kampagne kein Anlaß zur gegenseitigen Bekämpfung gegeben wäre. Die Abmachungen wurden doch nicht um ihrer selbst willen, sondern zu dem Zweck getroffen, die aufgestellten Mindestforderungen gemeinsam durchzuführen. Sobald eine der beteiligten Parteien etwas unternimmt, was die Durchführung der Forderungen in Frage stellt oder schädigt, sind die anderen Arbeiterparteien verpflichtet, im Interesse der Durchführung der gemeinsamen Aktion und ihres Erfolges dagegen Stellung zu nehmen.

Aus diesen Gründen haben wir es für unsere Pflicht gehalten, gegen die KPD zu polemisieren, weil sie das Berliner Abkommen durch das Vorgehen der vorkommenden Landtagsfraktion in der Unvollständigkeit verletzt hat. Eine Kritik werden wir uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen, falls eine Verletzung des Berliner Abkommens durch andere Organisationen geschehen sollte.

Wenn Sie weiter darauf verweisen, daß die Regierung in allen Maßnahmen zur Durchführung unserer Forderungen unterläßt werden sollte, so entspricht das dem Abkommen vom 27. Juni. Wir stellen aber fest, daß die Regierung keine Maßnahme getroffen hat, die dem Berliner Abkommen entspricht. Wir halten es für dringend notwendig, daß alle Unterzeichner des Berliner Abkommens zu den völlig ungenügenden Maßnahmen der Regierung kritisch Stellung nehmen und alle ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel anwenden, um die Regierung zur Erfüllung dieses Abkommens zu zwingen.

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß auch die anderen Arbeiterorganisationen in offiziellen Ausföhrungen zur Situation Stellung genommen haben. Ebenso haben die Presseorgane der beiden Parteien wiederholt sehr weitgehende Forderungen propagandistisch vertreten (z. B. die Magdeburger „Volksstimme“ und vorgerichtet die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen selbst bei Annahme des Gesetzes über den Schutz der Republik). Wenn Sie es für gut halten, legen wir ein reichhaltiges Material darüber vor, das die Presse der anderen Arbeiterparteien, auch deren Zentralorgane vielfach andere und weitergehende Forderungen vertreten haben. Auch die Forderung des Generalstreiks ist in der Presse und noch häufiger in Beschlägen der anderen Arbeiterorganisationen aufgestellt worden. Wir sehen darin keine Verletzung des Abkommens und stellen das nur als eine begriffliche Entscheidung ausdrücklich fest. Fortgesetzt werden außerdem in Berlin wie in der Provinz Presse Angriffe, unwarne Behauptungen und kritische Bemerkungen gegen unsere Partei gerichtet. Wir beschweren uns darüber nicht, sondern weisen nur den Vorwurf zurück, daß wir zu dem Verhalten der anderen Arbeiterorganisationen kritisch Stellung genommen hätten.

Auf Ihre Anfragen antworten wir Ihnen folgendes:

Die kommunistische Partei wird selbstverständlich in der jetzigen Aktion nur die gemeinsamen aufgestellten Forderungen vertreten. Sie ist aber ernstlich gewillt, sich überall für ihre wirkliche Durchführung einzusetzen. Ein Kampf gegen die beiden anderen Arbeiterorganisationen und die Gewerkschaften wird von der kommunistischen Partei in dieser Kampagne nicht geführt werden, soweit nicht die übrigen Organisationen gegen die aufgestellten Forderungen verstoßen, es an der nötigen Loyalität bei der Durchführung fehlen lassen oder uns andersartigen verfrachten. Alle Maßnahmen, die die Regierung zur völligen Durchführung der gemeinsamen Forderungen ergreift, werden wir selbstverständlich unterstützen. Unzureichende Maßnahmen der Regierung werden wir kritizieren und falsche oder gar indirekt gegen die Arbeiterklasse, insbesondere gegen die Kommunisten gerichtete Maßnahmen mit aller Stärke bekämpfen.

Sie haben bisher von der Propaganda von besonderen Kampagnen in der Öffentlichkeit Abstand genommen. Leider sind unsere wiederholten Anregungen zur Beratung über schärfere Kampfmittel in den gemeinsamen Besprechungen gar nicht berücksichtigt worden. Wir fordern deshalb erneut dringend eine vollständige Erörterung der Maßnahmen zur Durchführung des Berliner Abkommens. Sollte eine Verständigung über diese Maßnahmen bzw. Kampfmethoden erfolgt ist, werden wir uns selbstverständlich an die Beschlüsse halten.

Wir bitten wohl erwarten, daß Sie den bevorstehenden Besprechungen, die von uns gewünschte Sitzung einberufen und daß wir spätestens bis Freitag mittag im Besitz Ihrer Antwort sind.

Mit proletarischem Gruß

Zentrale der KPD
Branco. Posen.

... haben wir ...

... haben wir ...

... haben wir ...

Gegen die Blutschuld der SPD-Presse.

Bei der Dienstag-Demonstration in Düsseldorf, an der 60-70000 Arbeiter und Angestellte teilnahmen, ist es zwischen Demonstranten und Schupo zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Den Anlaß hierzu gab die maßlose Hege der SPD, die in der Morgenausgabe der „Freien Presse“ die Kommunisten der Provokation und des Bruchs der Verhandlungen beschuldigte. Die SPD hatte angeteigt, die Straßennamen Hindenburgwall und Königsallee in Grabergallee und Kaiserstraße umzuändern; wenn die Stadtverwaltung bis Dienstag mittag der Aufforderung nicht nachkommen sei, wolle man die Forderung selbst vornehmen. Davon hatte der Oberbürgermeister und die Verwaltung Wind bekommen. Resultat: Heranzholung von Eipo und Schupo-Befestigungen.

Als dann die öffentliche Provokation der „Freien Presse“ erschien, die von A bis Z erlogen, wurden zwei Hunderttausend zusammengeworfen, die beim Abnehmen des ersten Straßenschildes mit mehreren Autos direkt in die Masse der Demonstranten hineinfuhren. Die Vorbereitung zur planmäßigen Provokation der Arbeiterklasse war ein Auftrag des Oberbürgermeisters Schmidt, zu dem die Hege der SPD Anlaß gegeben hatte. Die Verletzung der sozialdemokratischen Zeitung und der Zusammenziehung der Eipo an die Zentralleitung der Polizei mit der Erklärung gemeldet, daß die Hege der „Freien Presse“ erlogen, daß die SPD nicht daran denke, auf eigene Faust die Abmachungen der Parteien zu durchbrechen, daß sie alle Aufsätze, Blätter und Flugblätter unterdrücken und daß sie selbst ihre Ordnung sorgen würde. Genosse Schönbeck verlangte vom demnächstigen Kommandeur der Schupo die sofortige Zurückziehung der Mannschaften. Wer jedoch erklärte, daß er keine Disziplin habe; welcher Art, wurde nicht gesagt. Die Verhandlungen waren resultatlos, Julagen wurden nicht gemacht. Eine Stunde später war ein Feuer zu belegen; daneben eine große Zahl Verwundeter; einem Arbeiter wurde die Hand abgehauen.

Einigen Mannschaften wurden Armbinden mit der Aufschrift: „Gewaltverwehrender Kampf“ abgenommen. Sie befinden sich beim Gewerkschaftsamt. Der Regimentschef des KPDZ in Rheinland-Westfalen wurde von der Schupo unmittelbar verhaftet. Die Gewerkschaften verlangen Abzug der Schupo aus Düsseldorf.

Während man die Verhandlungen aller drei Parteien und des KPDZ mit den Forderungen: Sofortiger Rücktritt des Oberbürgermeisters Schmidt (Monarchist); sofortige Auflösung der zwei Hunderttausend Schupo und Eipo; unangenehm Verhaftung des Kommandeurs und der verantwortlichen Offiziere und Mannschaften; Rücktritt der Redaktion „Freie Presse“.

„Sauerländer“ Wöhme gegen den Staat

A. K. Wie im „Sauerländer“ Nr. 13 mitgeteilt wird, soll der Reichstag Dr. Wöhme vom „Deutschen Bauernbund“ auf der Generalversammlung des „Sauerländer Bauernbundes“ zu Köln wählen. Wir wissen nicht, ob die Wöhme dazu geeignet ist, auf Grund seiner Sauerländer Bauernbundes-Verbindungen zu sein. Wir wissen aber, daß die Sauerländer Bauernbundes-Verbindungen mit ihrer Leitung ein ganz ernstes Wort zu reden. Dr. Wöhme hat im Reichstag vor Fance der Bauernbundes-Verbindungen folgenden Antrag (siehe Reichstagsprotokolle Nr. 455) eingebracht:

1. Folgender § 2a neu einzufügen:
§ 2a. Die Sachverständigen sollen in der Regel von ihren Befugnissen auf § 1a Ziffer 1 und 2 nicht Gebrauch machen, wenn der Reichstag das Land selbst in Betrachtung ziehen will und der landwirtschaftlich genutzte Grundbesitz des Reichstages 50 Hektar nicht übersteigt und bereits vor dem 30. Juni d. J. durch die Sachverständigen auf Grund des § 1a keine Befugnisse empfangen ist. Die gleiche Vorschrift gilt für Reichstäter, deren landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz 50 bis 100 Hektar ausmacht; hier entspricht § 1a Ziffer 1 und 2 bestimmt, daß bei Grundbesitz unter 30 ha Grundbesitz managen werden und geschädigte Bereiche bis zur Dauer von 2 Jahren freigegeben sind, das ohne Abzug ablaufende Rechte bis zur Dauer von 2 Jahren verbleiben werden. Diese Bestimmungen für die Sachverständigen können in einem auch nur geringen Maße für die kleinen Bauern bestehen, welche Dr. Wöhme durch seinen Antrag beabsichtigt. Es gehört, daß Reichstäter mit einem Besitz von 400 Hektar Grund nicht unter diese Bestimmungen fallen sollen, sofern sie 100 Hektar gepachtet haben. Alle wahren Reichstäter mit einem dementspre-

... haben wir ...

... haben wir ...

... gegen die Schwerkraft zum ...

Die Arbeiterbewegung in Schulpöten

Waldburg, die Hof der Reaktion. — Integrieren des Schulpötenbundes gegen den Landrat. — Der große Oberpräsident.

Am Mittwoch, den 2. Juli, vormittags, tagte im Reichsrat die Kommission von Ministern der drei Reichsteile, der die Gewerkschaften und der größten gewerkschaftlichen Organisationen im Reich des Oberpräsidenten von Schulpöten, des Reichspräsidenten, Landrat, 1. und 2. Vizepräsident von Waldburg und einem gewerkschaftlichen Vertreter, um Stellung zu nehmen zu der Forderung der Waldburger Arbeiter: Entfernung der hier stationierten Schutzpolizei wegen der am Tage vorher verfallenen Ereignisse.

Der Reichspräsident hat sich dem Antrag zuwenden, die Schulpöten Polizei zu integrieren. Er hat sich dem Antrag zuwenden, die Schulpöten Polizei zu integrieren. Er hat sich dem Antrag zuwenden, die Schulpöten Polizei zu integrieren.

Schlesische Landbau.

Bauernschaft.

Die Schlesische Bauernschaft vom Reichspräsidenten. Die Schlesische Bauernschaft vom Reichspräsidenten. Die Schlesische Bauernschaft vom Reichspräsidenten.

Der Wagnischer und der Führer des Schlesischen Landbundes!

Als in den letzten Jahren bekannt wurde, daß Freiherr von Nischhofen, Boguslawitz für 1 Morgen Land 6 Zentner Getreide in natura nachforderte, da sagten es alle Bauern des Landbundes und der deutschen Nationalen Partei: „Nischhofen, Schwindel! Unter Freiherrn von Nischhofen, um.“ Heute steht fest, was die „Dresdener Morgenzeitung“ am Donnerstag, den 6. Juni unter folgender Überschrift bringt:

Das Natural-Pacht-System des Herrn v. Nischhofen.

Mittagsbesitzer Freiherr v. Nischhofen in Boguslawitz schloß seit einigen Jahren mit Kriegsverletzten Pachtwörter, in denen er als Pacht pro Morgen sechs Zentner Roggen oder den jeweiligen Wert vereinbarte. Er ist damit einer der ersten, der das sogenannte Natural-Pacht-System in der Landwirtschaft in Schlesien einführen wollte. Diese übermäßig hohe Forderung bedeutet eine Ausbeutung der Klein-Pächter, die sie entweder dem Ruin zuführt, oder eine ungeheure Steigerung der landwirtschaftlichen Ertragskraft herbeiführen muß.

Schon am Dienstag, gleich nach dem Ausbruch der Demonstration, fand eine Besprechung von Vertretern der Gewerkschaften und Arbeiterparteien statt. Als Angehörer wurde das Komitee der Schulpöten von allen Seiten abgedrängt. Ebenfalls war unter den Anwesenden die einstimmige Ansicht vertreten, daß die Schulpöten am Waldburg entfernt werden müsse, und daß der Bestreben der Schulpöten die Befehl zum Einschreiten der bewaffneten Macht gegeben habe, um ihn zur Verantwortung zu ziehen.

Vor Beginn der Tagung im Landratsamt hatte es der Oberpräsident, Herr Plimmer, für nötig befunden, sich mit dem Staatsanwalt, Bürgermeister, Landrat und verschiedenen anderen Persönlichkeiten zu verständigen.

Seine Ausführungen zu Beginn der Sitzung ließen auch nicht den geringsten Zweifel übrig, daß für ihn feststand, daß das Blutvergießen nur den Demonstranten zuzuschreiben sei.

Unverantwortliche Redner und (um uns Kommunisten auch ein Ding auszumachen) junge Leute mit dem Sowjetstern sollten die Massen zu Tumulten aufgeschürt haben. Die Polizei sei sehr maßvoll aufgetreten (Kolbenschläger und Dorseigen für Franken usw.). Daß sofort scharf geschossen worden sei, und nicht erst in die Luft, dafür treffe die Polizei keine Schuld, denn es sei kein Befehl zum Einschreiten in die Luft gegeben worden. Ferner sei ein direkter Befehl an die Schulpöten zum Einschreiten nicht gegeben worden, sondern es sei vom Gefängnis aus von einem niederen Beamten nur die Meldung an die Polizei gegeben worden, daß Demonstranten in den Hof des Amtsgerichts eingedrungen seien. Ob durch die weitere Übermittlung dieser Meldung, die schließlich falsch weitergegeben sei, das Vorgehen der Polizei veranlaßt worden ist, soll ein eigens zu diesem Zwecke nach Waldburg zu entsendender Kommissar untersuchen. (Den Ausgang dieser Untersuchung können wir uns vorstellen.)

Aus einer Äußerung des Landrats ging hervor, daß von der Polizei erstellte und aufgearbeitete Berichte nach Breslau gesandt worden sind, und daß Ober- und Regierungspräsident noch in der Nacht Unterstützung angeboten haben. Der Landrat hat dieses Angebot abgelehnt, weil ja in Wirklichkeit Ruhe eingetreten war.

Scharf mit den Behörden rechnete Genosse Dickreiter (SPD) ab. Er stellte fest, daß diese vollständig ratlos und hilflos gewesen seien, daß er jegliches Vertrauen zu ihnen verloren habe, daß es nicht notwendig war, die Schulpöten zu holen und daß die Behörden nicht dafür gesorgt haben,

Der Regierungspräsident Janke wünschte Einsichten von Übergriffen der Polizei zu erfahren. Die Kollegen Weder und Dapler blieben dem Herrn sofort mit einer kleinen Auslese. Wir werden mit weiteren ebenfalls aufwarten.

Genosse Schulz (SPD) gestellte ebenfalls in scharfen Worten das provokatorische Auftreten der Schulpöten, das durch nichts zu entschuldigen sei. Ebenso fand er aber auch anerkennende Worte für das Verhalten einzelner Beamten, die sich nicht dazu hergaben, auf ihre Klassenossen einzuschlagen. Zu dem Oberpräsidenten gewandt, ersuchte er diesen, ein Augenmerk auf die monarchistischen Vereinskämpfe zu haben. Denn diese seien es, die zu Tumulten ansetzten. Als Beweis führte er an, daß einige junge Leute verurteilt, die Menge gegen die Juden aufzufahren. Hierzu sei bemerkt, daß es einige unserer Genossen waren, die dem mit Erfolg entgegen traten. Er forderte ebenfalls sofortige Entfernung der grünen Polizei und Graf durch organisierte Arbeiter.

dann werden derartige Vorkommnisse der Vergangenheit angehören. Er stellte ferner fest, daß der größte Teil der Polizeibeamten aus Galantkreuzlern bestünde. Genosse Jappe (SPD) brachte zum Vortrag, daß die Galantkreuzler innerhalb der Stadt häufig milliärtische Übungen unter Führung des „berühmten“ Professors Gierth abhalten

und selbst beim Absingen monarchistischer Lieder nicht von der Polizei entdet werden. Er stellte wieder fest, daß der Schulpötenkommandeur und Regierungspräsident gegen den hiesigen Landrat Intelligenz gesponnen hätten. Die Ausführungen des Kollegen Hoffmann bewegten sich in demselben Rahmen.

Zum Schluß erklärte der Oberpräsident, daß die Schulpöten hier bleibt, bis das Innenministerium darüber entschieden habe. Wir sollten dafür wirken, daß die Polizei ihren Dienst tun könne. Eine Anzahl gegenrevolutionärer Organisationen sei aufgelöst, Sonnemannsfestern seien nicht tragisch zu nehmen. Zum Schluß gab er uns noch den Rat, wir sollten in Zukunft bei Demonstrationen die jugendlichen Genossen ausschalten. Und zynisch erklärte er, auch ein kleines Generalfestchen wegen unserer Forderungen werde auf das Ministerium keinen Eindruck machen. (!) An der Arbeiterschaft wird es nun liegen, daß die Forderung hoch durchgeführt wird. H

Die deutsche Mark am 7. Juli. Ein Dollar kostet heute in Deutschland 460,00 Mark, gestern 434,75 Mark

Breslau. Lokales.

An die Funktionäre der SPD. Dritte Genossen!

In einer Zeit, in der eine ganz planmäßige Vahldarbeit der bürgerlichen Presse gegen die Geschlossenheit der Arbeiterpartei begonnen hat, in der auf das „Werkzeug“ der Straßendemonstration hingewiesen wird, bringt die Breslauer „Volkswacht“ einen Artikel „Der Erfolg der Provolatäre“, in dem sie die Provolatäre der kommunistischen Partei anhängt. Sie behauptet: In Breslau haben sie die Provolatäre (Red.) sich in mehreren Fällen mit kommunistischen Funktionären abgesetzt.

Wir erklären diese Ausführungen als schamlos, bezweifle die Verantwortlichkeit des von uns in diesem Zusammenhang die kommunistische Partei erfüllten Auftrags, die den Zweck haben sollen, die Arbeiterpartei zu bringen.

In der kommunistischen Partei gibt es überhaupt keine Funktionäre, wenigstens der „Volkswacht“-Verhalten die politische organisierte Struktur in der SPD wie in der SPD. verweigert. Wir verlangen von dem Redakteur dieser Behauptungen des Beweises anzutreten!

Im übrigen enthält sich der Schwatz in seiner ganzen Ehrlichkeit darüber, daß die Provolatäre der SPD, als hüllige Personalaffäre angesehen werden. Jedem Arbeiter ist bekannt, daß diese das Bestreben eines „Werkzeuges“ zur Verherrlichung der kommunistischen Partei sind, welches eine Verhöhnung einbringen würde, wenn er sich provokatorisch betätigen würde.

Es geht nicht an, daß jeder einzelne SPD-Mitglied sich schuldig macht, daß gegen die kommunistischen Führer sich in den Verhöhnung der Arbeiterpartei einzuweisen.

Wir erwarten von den Funktionären der SPD, daß sie sich nicht mit dem Schwatz in ihrer Verhöhnung betätigen und zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, ihre provokatorischen Absichten zu lassen.

Die kapitalistische Ordnung. 22 Fälle an Diebstehlen, Hehlereien, Schwindeln, Betrug und dergleichen Vergehen weiß das Breslauer Polizeipräsidium an einem einzigen Tage zu berichten, die ein Zeichen der zunehmenden Not sind und ein Zeichen, wie rapid die „Ordnung“ der heutigen Wirtschaft zerfällt.

Die öffentlichen Aufträge betreffend steht sich der Polizeipräsident veranlaßt darauf aufmerksam zu machen, daß das Anhalten von Zetteln, Plakaten oder anderen Anhängungen an öffentlichen Straßen, auf Plätzen, an Häusern, Pauschen, Buden, Mauern, Einfriedigungen, Brücken und anderen Bauwerken und an Denkmälern, Brunnen, Masten, Laternen und anderen Vorrichtungen durch die Polizeibehörde vom 23. 5. 22 verboten ist. Der Polizeipräsident bemerkt, daß Zuwiderhandlungen unmissverständlich bestraft werden. Diese Verordnung richtet sich natürlich in erster Linie gegen die Kommunisten, weil die Ausschichtsorgane im Hinblick des rechten Auges ganz besonders kräftig sind, während deren linkes Auge Arbeiter sofort ermitelt. Es wäre interessant zu erfahren, wieviel Stillierungen rechtsstehender Elemente durch die Polizeibeamten wegen Verstoß obiger Verordnung des Polizeipräsidenten bereits aufzuweisen kann.

Auf dem Breslauer Frühmarkt wurden am 6. Juli folgende Großhandelspreise für Gemüse und Obst verzeichnet: Junger Blattspinat 400—500 Mk., Kohlrabar 300—1200 Mk., Kürbisse 250—500 Mk., Blaubeeren 600—750 Mk. je Zentner, rote Johannisbeeren 12—15 Mk., Mörselbeeren 15—35 Mk. je 12 Stk., Blattsalat je 12 Kopfe 3—7 Mk., Obererben je Schock 2—30 Mk.

Ober-Schulden.

Ein besonderes Mysterium eines Hauswirts scheint der Gutsbesitzer Blafsch, Auenstraße 42, seinen Mietern gegenüber zu sein. Seine Mieter wohnen schon 8 und 10 Jahre dort, ein Zeichen, daß er mit ihnen auskommen konnte. Aber plötzlich kam die Wohnungsbaugesellschaft, da sagte sich der laubere Herr Hauswirt: die Sache ist ganz einfach, ich werde möglichst die Abgaben auf die Mieter abwälzen, einen kleinen Teil will ich ja auch tragen. Aber der nächstliebende Hauswirt hatte die Rechnung ohne seine Mieter gemacht, die machten ihn selbst die Rechnung und zahlten was sie zu zahlen verpflichtet waren. Nun war der streng lässliche Herr Hauswirt aus dem Häuschen. Er forderte den einen Mieter, welcher ein Stübchen Garten zu seiner Wohnung hatte, auf, denselben sofort abzugeben. Dem leistete der Mieter aus dem Grunde nicht Folge, da es schon seit Jahren war und er den Garten ziemlich bestellt hatte. Was macht nun der laubere und nächstliebende Gutsbesitzer? Er geht nachts herum, reißt den Garten weg, damit sein Geflügel alles vernichten kann. In den folgenden Tagen schickte er die Gutsbesitzer des Gartens alles, aber einen, Pöbel, und wirft eine Schuch jener schwere Steine darauf. Einmal ist der laubere Herr den Garten zu dem bürgerlichen Mieter Wache abzuwecken, absperrt, die Wache werden

abgebrochen und die Haken herausgerissen. Als er zur Rede gestellt wird, weshalb die Schläne, da antwortet der menschensfreundliche Herr, er läßt sich kein Eigentum von den Mietern nicht zerretzen und will mit dem Gefindel nichts zu tun haben. Aus diesen Handlungen einzelner echt reaktionärer Hauspatronen hier am Orte kann die Mieterpartei sehen, wie sie dieser Gesellschaft entgegneten muß. Nur durch die Macht der Organisation können wir diesen Gejellen den Herr-im-Haus-Standpunkt vertreiben.

Sport.

Kadetten in Grünich.

Zur Meisterschaft von Preußen kommt, außer den bereits bekannt gegebenen Kanonen des deutschen Fliegerports, noch der Berliner W. Semmel und weiß dieses Rennen, zu dem die Teilnehmer nach freier Wahl engagiert wurden, nimmere eine Befehung auf, wie sie in der Meisterschaft von Deutschland nicht besser zusammengestellt werden kann. Im Zweifelsfall-Daupfahnen, das dem verstorbenen deutschen Weltmeister August Lehr gewidmet ist, werden voraussichtlich folgende Paare am Start erscheinen: Ritt—Stabe, Lorenz—Pachobisch, Aend—Schlammann, Schulz—Reinas, Knappe—Kofenberger, Dahn—Hoffmann, Schrage—Linnart, Meyer—Wachwald, Gebr. Weber, Schach—Stefan, Pohl—Jakob und Kaffernad—Schneider.

Es ist das zweite und wohl auch das letzte Mal, daß es in diesem Sommer möglich ist, Landrennen mit Mannschaften der Flieger-Extraktasse auf unserer Bahn veranstalten zu können. Ein Feld von über 30 Fliegern wird sich in dem über 12 Runden fahrenden Präzisionsrennen, das dem verunglückten Kubala gewidmet ist, betätigen und in dem Punkte-Einschüdigungsjahren über 10 Runden, in welchen dem verunglückten Breslauer Flieger Hoffmann gedacht wird, messen sich die in dem vorangegangenen Rennen nicht gut abgeschrittenen Fahrer noch einmal. Die große Anhängerschaft des Fliegerports ist in den vorangegangenen Jahren kaum so gut zufriedengestellt worden und wird hoffentlich bei dem bestimmt zu erwartenden scharfen Kampfen voll und ganz auf ihre Rechnung kommen. Die Wertpreisjahre des Jahres 24 des SPD haben Gelegenheit in dem Nordhafen über 2000 Meter, das ihnen verstorbenen Sportkameraden Karl Meißner gewidmet ist, den ungeborenen Gaumetter auf die Probe zu stellen.

In dem Dauerenrennen sind die Sieger bereits fest, es ist der Arbeit und da auch hier alle Teilnehmer zur Zeit in allerbesten Form und Verfassung sind, werden auch alle Maßstäbe der Dauerenrennen auf ihre Rechnung kommen. Höpfer kommt nach längerer Abwesenheit wieder auf seine Deutlichkeit und ein Begleitung auf derselben mit dem Wagnis, schnelles Rennen zu betreiben. Die genau eingehenden Sportkennner eine Spezialität. Hermann hat seit seinem letzten diesigen Start mehrere Rennen

Die proletarische Revolution führt für ihre Ziele einen Kampf, der nicht nur den Klassen, sondern auch den Individuen gegenübersteht. Die Arbeit ist die Basis aller menschlichen Existenz, und die Revolution ist die Revolution der Arbeit. Die Arbeiter müssen lernen, die Arbeit zu lieben, die Arbeit zu organisieren, die Arbeit zu verteidigen. Die Arbeit ist die Quelle aller Reichtümer, die Arbeit ist die Quelle aller Macht. Die Arbeit ist die Quelle aller Glückseligkeit. Die Arbeit ist die Quelle aller Freiheit. Die Arbeit ist die Quelle aller Gerechtigkeit. Die Arbeit ist die Quelle aller Wahrheit. Die Arbeit ist die Quelle aller Schönheit. Die Arbeit ist die Quelle aller Liebe. Die Arbeit ist die Quelle aller Hoffnung. Die Arbeit ist die Quelle aller Freude. Die Arbeit ist die Quelle aller Leben. Die Arbeit ist die Quelle aller Menschlichkeit. Die Arbeit ist die Quelle aller Götter. Die Arbeit ist die Quelle aller Dämonen. Die Arbeit ist die Quelle aller Engel. Die Arbeit ist die Quelle aller Teufel. Die Arbeit ist die Quelle aller Menschen. Die Arbeit ist die Quelle aller Götter. Die Arbeit ist die Quelle aller Dämonen. Die Arbeit ist die Quelle aller Engel. Die Arbeit ist die Quelle aller Teufel. Die Arbeit ist die Quelle aller Menschen.

Was soll ich lernen?

Von A. Kirsiljowski.

(Fortsetzung.)

In den folgenden Tagen war es, als wäre der Teufel los mit ihm. Gleich am anderen Morgen auf der Zeitungsexpedition kriegte ihn der Vater Jakob an, mit dem er jeden Morgen als erster mit den Zeitungen heraustrat.
„So, ein Quatsch, so ein verächtliches! Ich dachte, du wärest gescheiter! Gehst dahin und redest, was du selber nicht verstehst. Ich war auch da, mein Junge; der dumme Bauer hat mich hingeschleppt. Wie wieder mache ich solche Dummelei! Was willst du denn? Glaubst du vielleicht, ihr könnt was verbessern? Sieh dir doch einmal an, wie es wirklich ist. Sie alleamt verdienen es ja nicht besser! Saufen, huren und sind faul wie die Säcke, glaubst du, daß Gott alles ungestraft läßt? Glaubst du vielleicht, die werden jemals besser gehen, wenn du dich nicht anständig läßt und sagst? Und abwartest, bis du deinen Lohn für ein anständiges Leben bekommst? Glaubst du vielleicht, du elender Saufen, Dred, du läufst was ausrichten gegen seinen Willen da oben? Weh hin, wo du hergekommen bist, du Grünhals, und plapperst nicht nach, was du irgendwo bloß gelesen hast! Glaube mir, ich habe ein paar Jahre mehr auf dem Büchel wie du! — Und sonst nichts für ungut.“
„Heinz, wußte im Augenblick nicht, was er sagen sollte. Alle seine Worte von Bourgeoisie und Kapitalismus und Diktatur schienen ihm sinnlos dem Vater Jakob gegenüber und erst, als dieser schon um die Gede verschunden war, fielen ihm ein paar Sachen ein, die man ihm eigentlich hätte sagen können.
Am Abend ging's noch ganz anders los. Er war in die Kneipe gegangen, wo immer viele von seinen arbeitslosen Kollegen verkehrten, und er dachte im Stillen, noch ein bißchen Radernte von gestern dort zu halten. Aber es war heute Abend auch Westmann, der Gewerkschaftssekretär, mit einem paar seiner Kollegen da, und sie empfingen ihn mit einem odenklischen Hallo. Westmann hatte ihn bald in ein Gespräch verwickelt vor allen den andern.
„Die Nacht übernehmen, haben Sie uns gestern in einem fort erzählt. Die Nacht übernehmen? Jetzt? Wie wollen Sie denn die Fabriken in Gang bringen, wenn es nicht einmal die Können, die sie seit Jahrzehnten leiten? Ja, wenn alle Arbeiter so geschickt wären wie Sie!“, sagte er spöttisch hinzu. „Aber sehen Sie sich doch einmal an! Nach übernehmen? Jetzt gibt es ganz andere Dinge zu tun. Wieder in Gang muß die Sache erst einmal kommen, nachdem der Krieg sie so erschüttert hat. Da heißt es vor allem, zusammenhalten, alle Kräfte anstrengen, damit unsere Wirtschaft wieder oben auf kommt, ehe die Feinde uns wieder zuvorkommen. Denken Sie vielleicht, die werden uns wirtschaften lassen, wenn wir so dumm sind, die „Nacht zu übernehmen“? Ich sage nochmals, zusammenhalten heißt es jetzt, zusammenhalten und unserem Gegner zuvorkommen. Es ist hier wie überall: Kämpfen ums Dasein, und wer nicht feststeht, kommt unter die Räder.“
„Überhaupt“, fügte Westmanns Kollege gleich hinzu, als er sah, wie die Umstehenden aufmerksam zugehört hatten, wie sie vor sich hinstarrten und erwartungsvoll auf Heinz blinnten, „wir sind noch lange nicht so weit! Man braucht sich doch bloß mal richtig umzusehen. Die Welt ist immer gleich, und die Menschen sind immer gleich. Es gibt Dumme und es gibt Kluge, und es gibt Fleißige und Faulen. Das ist so und das wird immer so bleiben. Und daran wird auch unser neugeborener Herr Volksredner hier nichts ändern.“
„Alles lachte, und Heinz war es ganz lieb, daß gleich wieder ein anderer zu reden anfing und nach ihm wieder einer und er still seinen Schnaps bezahlen und sich nach Hause drücken konnte. Er wußte wirklich im Augenblick nichts zu sagen, und die anderen waren auch so niefe.
Aus dem Nachhauseweg schloß sich ihm ein Kollege an und er erzählte ihm des langen und breiten von allem möglichen, was er sich zu rechtgelegt habe. „Nacht übernehmen, das sei eine schwierige Sache und das gäbe Kampf und Unordnung und bloß neues Elend. Es müßte doch möglich sein, einen gerechten Lohn für die Arbeit einzuführen. Geld genug wäre doch da und man müßte nur richtige Wege machen, die den richtigen Lohn für die richtige Arbeit bestimmten, dann läme schon alles, in die richtige Bahn.“
„Richtigen Lohn für richtige Arbeit? — Heinz überlegte: „Das kommt doch eigentlich, das genügt doch, um zu erreichen, was wir wollen: Arbeiten und nebenbei lernen. Aber nein, er hatte sich das doch überlegt, lernen, so wie er sich das im Anfang vorgeeilt hatte, hatte ja keinen Zweck, kämpfen lernen, kämpfen lernen, das war das, was jetzt not tat, und alles andere ist unnützlich!“
Wieder fing sich ihm alles im Kopf zu drehen an.
In Hause nahm er sich seine Bücher vor und wiederholte sich noch einmal alles, was die anderen ihm heute gesagt hatten. Und er dachte und dachte solange herum, bis er eine Antwort heraus hatte, die ihm die richtige schien.
Jetzt war wieder alles klar und er freute sich schon ordentlich auf die Fortsetzung der Versammlung.
Die Versammlung kam. Er stand nahe an der Tribüne. Die meisten wollten er sich erst einige andere anhören, ehe er sprach. Sie wurden gerade das selbe sagen wie Anclair und wie der Vater Jakob und dann, dann wollte er so richtig dagegen losfahren. Wichtig, da sprachen auch schon welche, von der Seite Westmanns und noch andere hinterher. Synonymus sei der lange, hagere, der zuletzt auftrat, flüsterte ihm sein Nachbar zu.
„Heinz hörte kaum auf ihn. Das war das? Er sah sich auf die Lippen und versuchte ruhig zu bleiben. Aber er konnte es nicht: Es waren wieder ganz neue und ganz andere Sachen, die die da vorbrachten, wieder Dinge, auf die er im Augenblick nichts zu sagen wußte! Alles, was er sich ausgedacht hatte, worüber er sich die ganze letzte Nacht gelehrt hatte, war ausgelassen.
Er war ganz froh, daß er noch keinen Zettel nach oben geschickt hatte und in ganz verzweifelter Stimmung drückte er sich bald aus der Versammlung nach Hause fort.
Was soll ich lernen.
Es sind ärgerliche Tage, die jetzt für Heinz folgen. Er ist mißgestimmt und mürrisch. Die Bücher wirft er wieder weg, wenn er sie kaum aufgeschlagen hat; irgendwo hinzugehen traut

er sich nicht, weil er die Gedächtnis fähigkeit. Alles scheint ihm plötzlich klar und beinahe mühelos gemessen zu sein.
So geht das eine Woche. Er trägt seine Gedanken aus, ist überglücklich mit Clara, die nicht weiß, was mit ihm geschehen ist und der er sich nicht anvertrauen will. Die übrige Zeit ist er in der Kneipe und grübelt vor sich hin. Was es kommt sein richtiger Gedanke heraus. Immer im Kreis drehen sich die Fragen.
„Nicht lernen, alles lernen, wie er es sich zu Anfang ausgemalt hatte, geht nicht, kämpfen muß man auch lernen und das hat er auch getan. Es war sicher richtig, was er gelernt hatte, ist er fest überzeugt. Aber wenn er dort damit herankommt, wo er herankommen muß, bei seinen Kollegen, bei den Arbeitern, die sich doch organisieren müssen, trifft er gleich auf so viele, die andere Gedanken haben, die zeigen, daß das, was er gelernt hat, nicht richtig sei, die selber viel wissen, viel, viel mehr als er. Also muß man doch viel lernen!
Ob Westmann wohl viel gelernt hat? Es muß wohl so sein. Woher weiß er solche Dinge zu sagen, auf die er, Heinz, nichts zu antworten weiß? Schließlich, er ist doch auch nicht dumm.
Kämpfen lernen. Ja, er weiß wohl, daß er noch nicht angelernt hat. Da sind noch ein paar gewerkschaftsstatistische Fragen, aber die er nicht genügend Bescheid weiß, und das mit dem revolutionären Parlamentarismus hat er noch nicht ganz verstanden. Aber sonst, die Hauptsache, denkt er, weiß er doch.“

Gleichnis.

Schlag ein Pferd — es schlägt dich wieder
Wenns macht es die Kuh;
Red den Esel — er schlägt dich wieder
Auch der Wad rennt auf dich zu.
Fah den Hund nicht bei den Ohren,
Denn er beißt und fällt dich an;
Laß die Schlange ungeschoren,
Denn sie wehrt sich mit dem Zahn.
So die Wienen, so die Räden,
So ein brutbeschäftig Dahn;
Jene hehen, diese tragen,
Willst du zu ihnen etwas tan.
Und so wehrt sich seiner Feinde,
Jedes, auch das dümmste Tier;
Jeder Dohs in der Gemeinde,
Jeder Efel schlägt nach dir.
Nur die Menschheit, nur das fromme
Volk, das dumme, wehrt sich nicht;
Läßt sich peinigern und plagen,
Duldet Schläge ins Gesicht!
Friedrich Mayer.

Und der Sekretär, mit dem er jetzt öfter geredet hat, hat ihm doch seine Anerkennung ausgesprochen und gesagt, daß von ihm noch viel zu erwarten sei.
„Aber es genügt doch nicht!“, er schlägt mit der Faust auf den Tisch, daß Clara in die Höhe fährt. „Nicht einmal dem blöden Vater Jakob konnte ich richtig etwas sagen mit seinem Gott und seiner Befragung für das länderhafte Leben! Was zum Teufel, soll man denn nun lernen?“ (Schluß folgt.)

Wie haben wir uns bei Kursen zu verhalten?

Eine ganze Reihe von Beobachtungen haben uns gezeigt, daß unsere Genossen sich über das Verhalten bei Kursen durchaus noch nicht im Klaren sind. Und zwar deswegen nicht, weil sie sich über den Zweck von Kursen überhaupt keine Rechenschaft abgeben. Wozu wird ein Kursus veranstaltet? Doch wohl, um unsere Genossen zu schulen, damit sie in der Lage sind, überall, bei allen sich bietenden Gelegenheiten, unsere Sache selbständig zu vertreten. Also, ein Kursus ist mehr oder weniger eine Schule.
Da ist die erste Vorbedingung, daß er nur nach gründlicher Vorbereitung veranstaltet wird. Lange vorher muß es den Genossen bekannt sein, damit möglichst wenig andere wichtige Veranstaltungen den Kursus durchkreuzen und stören. Den Genossen sollen dann auch vorher die fertig ausgearbeiteten Dispositionen in die Hand gegeben werden, damit sie sich ein klares Bild machen können von dem, was beim Kursus alles durchgenommen wird und sich darauf einstellen können. Soll das möglich sein, so dürfen die Dispositionen natürlich nicht im Sekretariat liegen bleiben bis der Lehrer kommt und sie in die einzelnen Orte mitnimmt. Sie müssen vorher dort sein. Nachdem diese Vorbereitungen getroffen sind, muß ein geeigneter Lokal gesucht werden. Überall dort, wo unsere Genossen in den Gemeinden ein Wort mitzusprechen haben und auch dort, wo dies noch nicht der Fall ist, sollten sie doch versuchen, von der Gemeinde einen geeigneten Raum zu bekommen. Etwa die Schulaula. Die nötigen Kosten könnten durch Umlage auf die Teilnehmer gedeckt werden. Aus erzieherischen Gründen ist es besser, wenn die einzelnen Genossen auf diese Art etwas zu den Kosten beitragen, als daß sie alles umsonst bekommen. Der Raum soll ein freundlicher, heller und lustiger sein. Das ist nicht etwa eine nebensächliche, vielmehr eine durchaus wichtige Frage.
Wo aber ein Raum von der Gemeinde nicht zu bekommen ist, da will man wenigstens mit einem Wirt ein Abkommen treffen, damit man ihm für den Abend eine Rente zahlt und die Kosten auf die obige Art zusammenbringt. Damit wird wenigstens erreicht, daß keinerlei Störungen durch Klappern von Biergläsern und durch Genossen, die glauben, keinerlei geistige Nahrung in sich aufnehmen zu können, ohne daß vorher der Alkoholgeist in sie gefahren ist. In ein Kursuslokal gehört kein Bier, überhaupt außer einer Karaffe mit frischem Wasser keinerlei Getränke.
Noch etwas gehört nicht zum Kursus: das Rauchen muß unbedingt unterbleiben. Und zwar nicht nur während des Vortrages selbst, sondern im Raum, wo der Kursus abgehalten wird, überhaupt. Es stimmt mit dem ersten Zweck eines Kursus nicht überein, wenn die Teilnehmer gemühtlich ihre Stimmung gelassen. Ein Kursus dient der Schulung, auch die Schulung und Übung ist eine Disziplin.
Die Genossen sollten gern die Gelegenheit benutzen, sich einmal im Kleinen wenigstens in Disziplin zu üben, so lange für die Übung im großen keine Gelegenheit da ist. Kann man leichtere und auch leichter fallen.
Zum wichtigen Kapitel Disziplin gehört es auch, daß die Teilnehmer eines Kursus pünktlich zur Stelle sind. Auch sollte man schon deswegen pünktlich sein, weil ja die meisten

Stunden, die in der ersten Abend kommen, wirklich ausgenutzt werden muß. Die Zeit ist zu teuer, als daß man sie leicht unpünktlichen Kommern verzeihen dürfte.
Und wenn jemand der Wunsch anderer Versammlungen abzuwehren ein persönlicher Wunsch ist, so erscheint mir das auch sehr schwer zu sein. Wenn der Beginn eines Kurses um 7 Uhr angesetzt ist, so muß der Letzte um 7 Uhr zur Stelle sein, so geht's nicht.
Statt Lobes und Ehrer muß jeder Teilnehmer die Pflicht und Wapler vor sich liegen haben und natürlich fleißig benutzen. Das Wichtigste von dem was vorgetragen wird, sollte sich jedes notieren und das Notierte später flüchtig durchlesen, und vielleicht mit anderen Teilnehmern durchsprechen. Nur so kann ein Kursus den Erfolg haben, den er im Interesse unserer Sache haben muß und der auch einigermaßen seinem Zwecke entspricht.
H. Faring.

Betriebsoblene.

Drei Bilder frei nach dem Betriebsleben gezeichnet von H. F.

Wesh der Deibel, wie seine Wahl zustande kam. Eigentlich war von oberher geplant, den Vertrauten und Vertreter der Unternehmern als Betriebsrat auszustellen und seine Wahl zu machen. Das ging aber doch nicht gut an, und so kam er ran. Manche sagten hernach, als es zu spät war, weil er mit der Mode mitschritt und unerbötlich, gerade so um die Wahlgelt herum, sein kollegialgesellschaftliches Herz erwiderte; manche, weil er den Weibern durch sein Keuzeres und sein aalglattes Gehebe und Gekue imponiert. Andere wieder behaupteten, weil er überhaupt keine feste Meinung und Richtung hatte. Aber die haben am allerwenigsten recht behalten. Eine Meinung und Anhängerschaft hat er jetzt und vertritt sie voll und ganz; die seiner Arbeitsgeber! Die allein sind es gewesen, die sich ihn zu ziehen verstanden.
Und wie die Absicht und Ansicht der Unternehmer, so ist auch seine Arbeit als Obmann. Seine Naturaufgabe ist es geworden, für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen. — — — im Alleinvertreten der Chef. Er unterstützt und bedauert sie, weil er der Meinung ist, sie und ihre Untertanen sind so wenig stark und befähigt, für ihre Interessen allein zu sorgen und für sie einzutreten. Bei seinen Arbeitskollegen ist er so gut wie gar nicht zu sehen. Die Fühlung und Zusammengehörigkeit mit ihnen hat er längst verloren. Betriebsversammlungen ruft er kaum noch zusammen. Er sieht keine Veranlassung und hat auch kein bißchen Zeit für sie. Um so mehr macht er sich oben in den Verwaltung- und Privatbüros der Herren Arbeitsgeber zu schaffen. Natürlich immer allein und ohne Zeugen.
Hat ein Kollege oder eine Kollegin irgendein Sonderanliegen, so hat er, wie stets, keine Zeit, oder er fährt sie meistens an im Wachtmeisterston, nach oben kriechend, nach unten trachmachend, wie man es überhaupt wagen kann, einem Wunsch oder Willen Ausdruck zu geben, der dem „Betriebsinteresse“ gerade entgegensteht. Strafvorfürungen, Maßregelungen, Entlassungen hat er noch nie verhindert, noch überhaupt zu verhindern versucht. Wie's oben gerade gebraucht und gewünscht wird, so führt er unter seiner Kollegenschaft das Wort. Eine Kollegenschaft, die allerdings zu acht Zehnteln aus kaufmännischen und nur zwei Zehnteln aus gewerblichen Angestellten besteht und erst seit kurzem organisiert ist. Es hat sich bisher kaum etwas geändert und gewendet in diesem Großbetrieb seit der sogenannten Revolution, dem wunderbaren Betriebsstrategie und seiner Tätigkeit als Obmann.
Doch, in einer Hinsicht ist eine Veränderung eingetreten. Ging der Angestellte oder Arbeiter früher allein in eigener Angelegenheit zum Allgewaltigen, zum Herrn im Hause, so war der Endreim der Antwort der, wie ihn der junge, einmal revolutionäre jubelnde Gerhart Hauptmann in ihrem Kampfbild die schlesischen Weber singen läßt:

Hier hilft kein Bitten und kein Flehen,
Umsonst ist alles Klagen.
„Gefährlich Euch nicht, so könnt Ihr geh'
Am Hungertuche nagen!“

Früher, da hörte es der Fördernde nur einmal schallen und in seinen Ohren gellen. Heute? Zweimal, in ungefähr der gleichen, vielleicht nur ein wenig abgeschwächten Art. Einmal vom Arbeitgeber und zum andern von diesem seinem Obmann. Ja, je mehr sich eine Sache verändert, um so mehr ist es immer dieselbe Geschichte!
Und diese zwei, der Arbeitgeber und sein willfähriger Obmann, sie sind es allein, die von dieser Reueinrichtung Vorteil und Verdienst ziehen. Seitdem er Obmann ist, ist er schnell und sicher die Stufenleiter nach oben gefallen. Sein Gehalt und sonstiges Einkommen — — — na ja, „ein guter Betriebsrat ist eben teuer!“ Zuletzt sollte er noch sich und Stimme im Aufsichtsrat erhalten, wenn nicht die neue Wahl herangenaht wäre.
Er wird nicht mehr aufgestellt und gewählt werden, der Herr Betriebsrat der Arbeitgeber. Seine Hilfe für die Kollegenschaft war nur noch Angeber und Verrat. Auch die Kollegen dieser Betriebe sind endlich nach hatter, langer Prüfung erwacht und lebendig geworden. Er kommt nicht mehr ans Tageslicht. Er hat ausgepielt bei seinen Kollegen und seinen Arbeitsgebern. Die können ihn dann auch nicht mehr gebrauchen. Er kann gehen. — — —

Der Obmann dieses Betriebes ist der Herr Betriebsrat der Gewerkschaftsführer. Wie ihre Meinung, die sie der Belegschaft „empfehlen“, ist stets und ständig auch die seine. (Nebenbei sei verraten, daß „empfehlen“ in der Gewerkschaftssprache die feineren Umschreibung für „befehlen“ bedeutet.) Er hat gute, geliebte Schule bei ihnen gemacht. Entscheidung, Entschluß und Vorgehen aus sich heraus kennt er nicht und will's nicht kennen. Wird er von seiner Kollegenschaft gedrängt, zu irgendeiner Frage Stellung zu nehmen, so ist seine Hauptfrage: Was wird nur die Gewerkschaft dazu sagen? Sie und er sagen dann zusammen: Nur keine Reueinrichtung und Erschütterung!
Auch seine Entschuldigung bei Rücksprachen mit einzelnen Arbeitskollegen ist, daß er kein bißchen Zeit für sie und ihren Fall hat. Er muß sofort zu einer wichtigen Sitzung. Dieses gewichtige, gebetensvolle „In-einer-wichtigen-Sitzung“ hört man so oft aus jenem Munde, daß der Kernste wohl eintausendunddrei von ihnen jährlich abgeben muß.
Und was gebären diese überaus wichtigen Sitzungen, was bringen sie hervor, wenn die Frage erlaubt ist? Dasselbe, was du Betriebsversammlungen, die er zusammenruft und bei denen man ihn kontrollieren kann:

Durch Geschäftsordnungsparagrafen, Vorchriften, Fragen über die Zuständigkeit der Instanzen, weiß er jeden Ausdruck des Willens und Wollens der Belegschaft zu verschleppen und zu verhindern. Die Versammlungen unter seiner Leitung ziehen sich ohne Ende und Ergebnis hin und schließen mit persönlichen Weibereien und Zwistigkeiten. Seine Kollegenschaft wird mühsam gegen ihn, weil sie nicht mehr weiß, was sie eigentlich noch von

Wenn es eine lange Reihe direkter Beweise für die Wirkung der Röntgenstrahlen und ihrer Wirkung auf die...

Die Übertragung von den sichtbaren Stoffen zu den unsichtbaren...

Die Moleküle selbst sind ein Mikroskop groß und während die Länge der gewöhnlichen Lichtwellen 400 bis 4000...

Unmittelbar anschaulich sind aber die Beweise, welche die neuesten Untersuchungen auf dem Gebiete der Radioaktivität...

Die Schwächer. Und da wir nächstlich über die Berge gingen - da fürsterte der dunkle, einsame Baum uns erste Worte: 'Aridet die Schwächer.'

Sie sind es - die Schwächer - die das Blut des Schwarzen in ihren blaugelben Adern tragen. Der Schwächer - er ist wie ein Ruchschwanz - überall hinwebelnd...

Der große Mensch - er pflegt sich. Doch der Schwächer - o der Schwächer - er verspricht tanzenberlei - aber hat er jemals auch nur ein einziges feiner verschwendeten Worte gehalten? - Max Dortu.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Partie Nr. 4

Zweifringerspiel im Nachzug.

Table with chess moves: Weiß: 1. e2-e4, 2. Sg1-f3, 3. Lf1-c4, 4. Sf3-e5, 5. e4x5, 6. Lc4-b5+, 7. d5xc6, 8. Lb5-e2, 9. Sg5-f3, 10. Sf3-e5, 11. d2-d4, 12. Lc1-d2, 13. 0-0, 14. f2-f4, 15. c3-c4, 16. Ke1-h1, 17. Sb1-a3, 18. Sd3-c4, 19. h2-h4, 20. c3xd4, 21. Tal-c1. Schwarz: 1. e7-e5, 2. Sc4-d6, 3. Sd6xb7, 4. d7-d5, 5. Sc6-a5, 6. c7-c8, 7. b7xc8, 8. h7-h6, 9. e5-e4, 10. Lf8-d6, 11. Dd8-c7, 12. 0-0, 13. Sa5-b7, 14. c6-c5, 15. c3-c4, 16. Dc7-b6, 17. c5xd4, 18. Dd8-c6, 19. Dc5-c7, 20. Td8-a8, 21. Ld6x5.

- 1) Auf S6x5 kann das bekannte Springergeschick auf 17 folgen. 2) Dieser Zug ist ungenügend, in der Regel wird hier 12-14 gespielt. 3) Schwarz nimmt den angeblichen Bauern nicht, denn nach Ld6x5, d4x5, Dc7x5, Ld2-c3 würde Weiss besser stehen. 4) Schwarz will Dd6 spielen, was Weiss mit Dd1-B beantwortet...

Im Schieberhotel.

Ein Genosse (anbei diese Schilderung seiner Erfahrungen in einem holländischen Kurort.) Mein Gastspiel als bürgerlicher Hotel-Küchenchef hat nicht lange gedauert. Am Freitag vor Pfingsten fuhr ich nach...

Das Hotel, soweit die verehrten Kurgäste in Betracht kommen, war nicht ganz erstarrt. Aber kühler Lomstadel und mit dem Bürgerlicher Gang einquartiert. Aber die Küche und das Personal, soweit diese zusammengehören, bieten einen scharf abgegrenzten Gegensatz zu den Gästen und den für dieselben bestimmten Räumen.

Und die nun mich herum, die dummen Küchenmädchen und Zimmerjungen, Köchin und Konditor - wenn man nur die vorzüglichsten Fragen stellt über Gewerkschaftsorganisation und Politik, sehen sie einem förmlich und veräbnlich an. Aus ihren Kellerkellern und Dachkaten, wo man sie einquartiert hat, schleichen sie sich abwechselnd abends nach 10 Uhr heimlich auf eine Stunde ins Freie, weil die 'gnädige Frau' das Ausgehen verboten hat und die Köchin jeden verpöht, den sie durch die Hintertür verschwinden sieht.

Erwidert da zu diesen Sklavenerden nur das Wort 'Sozialismus', so gehen sie sich entsetzt um und laufen davon, oder sagen dir, von Politik verstanden sie nichts und wollten auch nichts davon wissen. In der Nacht zwischen 11 und 12, wenn die Arbeit in der Küche nachgelassen, machen sie die Küchenherren halb aus, damit die Klänge der Musik hörbar sind. Der Hausbesitzer mit dem Zimmermädchen, der Konditor, mit der Küchenmagd jagen an, Langparagassen in der Küche zu arrangieren, so gut es geht. Ja, ja - es gibt im Leben manchmal Momente, wo man auf am liebsten doch mit Handgranaten und Stickbomben argumentieren möchte. Aufhängend? Davon wissen diese Leute ebenso wenig etwas, wie ihnen das Holzwolle dieser Küchenmädchen jenseits bekannt ist.

Ich habe vor zwölf Jahren aus gleichen Empfindungen dieser Küchenherren voll Groll und Abhören den Küchen gefeiert. Doch drei Tage wachte ich, daß ich diese Arbeit nicht mehr verrichten konnte, auch wenn ich wieder so gut essen könnte, wie ich es viele Jahre nicht mehr gemacht war, nach 1200 Mark der Woche hat dazu verhört.

Wenn ich die herausfordernde Unpäßlichkeit, dieses elegante Propaganda so langweilig beobachtet habe, wird mir schon die herrliche Gegen verleidet, und nach zum Sklaven dieser Gesellschaft machen, nur um den Sommer dieser Parasiten zu küssen - ich kann es nicht.

Ich habe ein drittes Tage gemüht, nur wenige Bemerkungen und Andeutungen haben genügt, um den 'Alten' zu veranlassen, mir am dritten Pfingsttage den Rest des Wochenlohnes auszugeben und mich an die Luft zu setzen. Ich hätte es ja wohl kühnlich nicht angezweifelt, in dieser Form weiterzuarbeiten, ohne geringliche Mahnung, ohne freien Tag. Gehen denn hier überhaupt keine Gehege? Woher möchte ich schon gehen, am liebsten für Arbeiterkinder. Warum kühnen die einen in dummer Weise, während die Arbeiter mit Frau und Kindern nicht aus den Schlafzimmern herauskommen? Die Küchensherren, Konditor und Paragassenherren überlassen sich mit ihren Weibern, die nicht anders können, als ihre Kinder und Schwandhaken jenseits zu tragen, und das Arbeiterproletariat wird geizig und beschneidet, oder hat es nicht, was denn mit dem ganzen ihm der feste, feste Bürgerpöbel mit dem Rest von Gelden geht. Ich weiß, daß es in anderen Ländern genau so aber ähnlich zugeht - bis auf England - ich möchte noch hinzufügen, wenn ich hier keine Seltsamkeit finde, mitgesehen, das es bei uns anders steht. Aber das soll nicht sein - es hat sich nicht mit Hilfe der Regierung und all die anderen bis auf wenige Schritte vergraben, sie hätten ihr Elend noch nicht, wenn sie Paragassen aus der Welt, Preisgeben zu ihren Paragassen und Paragassenpolitikern zum Behalten haben, hätten sie nichts von Paragassen und Arbeiterkinder. Sie lauge soll das so bleiben?

Wenn es keine lang Reihe direkter Beweise für die Wirkung der Röntgenstrahlen und ihrer Wirkung auf die... (This text is a continuation of the article from the top right page, appearing on the left side of this page.)

III. Mit proletarischer Vergangenheit, nach Wahrgelungen, Strafen, langer Arbeitslosigkeit, ist es ihm endlich gelungen, wieder in Arbeit und Betrieb zu kommen. Von den ersten Lohnzahlungen noch nicht richtig wieder satt geworden, rufen er sofort bei der ersten Kautelinanberührung zwischen seinen neuen Kollegen und der Betriebsleitung an, richtunggebenden Anteil mit dem Ergebnis eines Teilerfolges. Bei der nächsten Wahl zum Betriebsrat wählten ihn seine Arbeitskollegen zu ihrem Obmann.

Selbst kein guter Redner, hat er auch nicht lange Vorträge und endlose Schumann. Er sagt, sie erfordern jede Handlung und Tat. Seine Arbeit für die Kollegenschaft ist nicht Vorträge und Reden, sondern Taten und Einflüsse. Nicht Worte und Gelächter, sondern Tat und Beispiel. Einen Tatbetracht in der Betriebsversammlung der Hand- und Kopfarbeiter zur Annahme gebracht, nimmt er zur Achtung und Durchsichtung. Sein Kampf wird ihm nicht leicht gemacht. Als wirklicher Obmann seiner Belegschaft hat er gleichzeitig mit zwei Gegnern zu streiten. Mit den Unternehmern und - seinen eigenen Gewerkschaftsführern. Diesen ist er weit voraus; und das behagt ihnen nicht. Die Arbeitgeber wissen es und fürchten ihn mehr als die arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer. Darum bekämpfen sie ihn beide mit allen ihren Mitteln und Mitteln. Und erst recht seine eigene Gewerkschaft, trotzdem er für sie mehr geleistet hat, als so mancher ihrer heutigen Führer. Mit seiner ganzen Persönlichkeit verbindet er viele gute und gerade Kollegen, der Gewerkschaft enttäuscht und verärgert den Rücken zu kehren.

Er holt das Beste heraus aus dem zurzeit bestehenden Tarif und Betriebsverträge. Sein Posten als Obmann und seine augenblickliche Arbeitsstätte sind ihm ganz gleichgültig. Was schert ihn Amt und Ansehen, Vorteil und Verdienst? Er tut und leistet alles für die Sache. Die bestehenden Löhne: plötzliche Erhöhung in eine höhere Lohnstufe oder außerordentliche Lohnaufbesserung, hat er mit einer Handbewegung von sich gewiesen. Er preist auf jedes Voraus und Vorrecht gegenüber seinen Arbeitsbrüdern.

Küsterhaft schnell und peinlich genau weiß er jede Sammlung, die zu irgendeinem proletarischen Zweck veranstaltet wird, durchzuführen. Und es finden nicht gerade wenig solcher Sammlungen statt. Ihre sofortige Abrechnung, Ablieferung und Kontrolle bekommt jeder einzelne Kollege zur Prüfung und Gegenzeichnung vorgelegt. Selbst erreicht jede Geld- und Opferauszahlung in diesem Betriebe eine beispielgebende Höhe, ganz gleich, ob es sich um eine solche für den einzelnen oder die Gesamtbelegschaft handelt, oder für Partei und Gewerkschaft, oder für den Kampffonds.

Er hat das vollste Vertrauen seiner Kollegenschaft und er zu ihr. Er selbst kennt keine verschiedenen Parteien, nur die eine der Drübenjenseit, der Bourgeoisie und des Kapitals. Er ist der wirkliche Obmann seiner Belegschaft und nicht der der Arbeitgeber und augenblicklichen Gewerkschaftsführer.

Er sagt, wer einer Obmann ist, und man wird sagen, wie Geist und Größe der Belegschaft ist und umgekehrt. Diese Belegschaft reißt! Sie zählt zu den ersten und führenden bei jeder Aktion. Jeder einzelne Arbeiter und Angestellte, jede Kollegin und jeder Jugendgenosse dieses Betriebes sind Funktionär und Agitator für die proletarische Sache. Sie sind es durch Beispiele und Tat. Noch mehr solche Betriebe und solche Vertreter, und ihr habt geglaubt, ihr Hand- und Kopfarbeiter!

Wilde Streiks?

Alles flücht und nichts bleibt fest, und zweimal in denselben Fuß kann niemand untertanzen. Heraklit.

Wieder durchziehen Wirtschaftskämpfe das ganze Land. Es ist die Ausbreitung breiter Arbeiterkämpfe, daß ihr Lebensstandard immer tiefer unter dem Niveau des Existenzminimums herabsinkt. Die Unternehmer rufen zur Disziplin. Klapp und Har stellen sie ihre Forderungen und laden den Arbeiter offen, was sie wollen. Unter der Arbeiterkämpfe gibt es. Sie können den Druck aller Seiten, welcher auf ihnen ruht, nicht mehr ertragen. Die Folge davon ist, es entstehen Lohnkämpfe, Streiks. Streiks, welche nicht immer funktionieren werden. Es sind Streiks, welche viele Gewerkschaftsleitungen und -Vorstände wilde Streiks nennen.

Was sind aber wilde Streiks? Reist nicht wild, aus dem Boden herauszuwachsen? Also, es sind die Kämpfe, welche spontan von unten aus den Arbeiterkämpften herauswachsen. Sie bedürfen diese Kämpfe einer gewissen Unterdrückung und Zurechtweisung. Gerade diese Kämpfe bergen in sich das Kräfte, das Revolutionäre, und vertragen in sich die größte Stoffkraft. Diese Kämpfe sind die größte Zurechtweisung entgegengebracht werden. Die Arbeiterkämpfe sind sie voll und ganz unterdrücken, um die Solidarität und das Klassenbewusstsein zu fördern.

Sie aber ist die Bestimmung der Gewerkschaftsleitungen zu den wilden Streiks? Sie nehmen eine ablehnende Haltung dazu ein. Warum? Weil die Paragrafen-Vorstände sind, genau wie die Kapitalisten der kapitalistischen Gesellschaft. Die Gewerkschaften (wilde Streiks) ihre Bestimmung haben und unterdrückt werden müssen, danach fragen sie nicht. Sie unterdrücken nur nach dem toten Buchstaben dieser Paragrafen, welche durch die immer veränderlichen Formen der wirtschaftlichen Verhältnisse längst veraltet sind. Jenseits dieses Kampfes dieser Paragrafen steht die Arbeiterkämpfe völlig ungenügend. Sie sollen und müssen sich nach diesen Paragrafen einstellen und klüpfen.

Schon wir uns einmal die Zustände an (Lernungsgegenstand), welche auf dem Wege der Arbeitgemeinschaftspolitik durch die Gewerkschaften herangezogen werden. Und fragen wir dann die Arbeiter in den Betrieben, ob diese mit den allgemeinen Verordnungen der Gewerkschaften und der Unternehmern-Organisationen zufrieden sind. Dann werden wir folgende Antworten hören: (außer einzelnen alten Arbeitern) kommt zunächst: Hier kann man sich schon, daß sich dem Ganzen dieser Unterdrückung und Paragrafen die Arbeiterkämpfe sagen soll und muß.

In welchem Verhältnis aber alle Voraussetzungen und Voraussetzungen gegenüber der Entlohnung proportional gegeben sind, nach dem in Erwägung gebracht. Es ist die Macht dieser Paragrafen, welche die Arbeiterkämpfe noch größtenteils zurückhält, mit diesen System zu brechen. Auch die Unternehmer wissen die Paragrafen und Paragrafen an-